A34NEU (Ä1) Die Häuser denen, die drin wohnen!

Gremium:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum:	05.04.2024
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Bundesweit fehlen rund 910.000 Sozialwohnungen. Und auch die gegenwärtige Situation auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein ist besorgniserregend. Hohe Mietpreise und Wohnungsknappheit belasten die Bürger*innen und tragen zur Spaltung der Gesellschaft bei. Es ist an der Zeit, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu gewährleisten. Auch die Tatsache, dass die Hälfte aller Schleswig-Holsteiner*innen zur Miete lebt, zeigt die Relevanz von politischen Maßnahmen auf. Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Menschenrecht aller und deshalb darf es nicht das Spekulationsobjekt der Wenigen sein!

Bündnis 90/ Die Grünen Schleswig-Holstein möge beschließen:

Landesentwicklungsgesellschaft implementieren

Im Koalitionsvertrag der Schwarz/Grünen Regierung wurde sich darauf geeinigt, eine Landesentwicklungsgesellschaft zu gründen, um schneller bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein setzt sich, über die im Koalitionsvertrag formulierten Ziele hinaus , dafür ein, dass diese nicht nur alsbald gegründet wird, sondern dass diese auch Befugnisse erhält, Investitionen zu tätigen. Dafür ist das Aufnehmen von Krediten maßgeblich. Die Landesentwicklungsgesellschaft soll insbesondere Wohnraum ankaufen, sanieren und zu erschwinglichen Mieten anbieten. Dabei ist auch die Zusammenarbeit mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gefragt.

Das Recht auf Wohnen braucht besonderen Schutz!

Wir sind nicht mehr bereit, hinzunehmen, dass große Konzerne Profit mit dem Grundrecht auf Wohnen machen, während die Menschen,die in den Wohnungen dieser Konzerne leben, immer mehr Existenzsorgen haben.

Wir fordern die Landesregierung auf, Wege zu erarbeiten, wie man auf Landesebene große Konzerne wie z.B. Vonovia dazu verpflichten kann,ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Dabei sind mehrere Ansätze denkbar, zum Beispiel die Verpflichtung, einen möglichst hohen Anteil des Bestandes in Sozialwohnungen umzuwidmen und regelmäßig einen nennenswerten Teil des Gewinns in Bestandsanierung und Neubau von Sozialwohnungen zu investieren.

Darüber hinaus sollen aufgrund der prekären Lage am Wohnungsmarkt alle Mittel geprüft werden, die ein planmäßiges Auslaufen von Wohnungen aus der Sozialbindung bis 2030 verhindern. So wollen wir eine Trendumkehr bei den Sozialwohnungen einleiten.
Das Recht auf Wohnen für alle braucht besonderen Schutz.
Daher bitten wir die Landesregierung zu prüfen, inwiefern die Ergebnisse der Berliner Expertenkommission zur

Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen auf Schleswig-Holstein anwendbar sind.

Weitere Maßnahmen heranziehen

Ein Wohnraumschutzgesetz kann helfen, Mietsteigerungen zu begrenzen und für qualitativ hochwertigen Wohnraum zu sorgen, während die Wiedereinführung der Kappungsgrenzenverordnung dazu beitragen wird, exzessive Mieterhöhungen zu verhindern. Es ist gut, dass die Landesregierung die Wiedereinführung kürzlich beschlossen hat. Dabei ist es ebenso relevant, die Mittel für die Bereitstellung von qualifizierten Mietspiegeln in Städten mit angespannten Wohnsituationen bereitzustellen. Die Besteuerung von Leerstand durch die Kommunen schafft einen Anreiz für Eigentümer*innen und Konzerne, ihre Immobilien dem Wohnungsmarkt zuzuführen und trägt somit zur Entspannung der Lage bei.

Außerdem steht Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein mit Nachdruck hinter der Forderung nach einer Wiedereinführung der Mietpreisbremse und wird sich für diese mit aller Kraft einsetzen. Denn das ist, was der aktuellen und sich zukünftig abzeichnenden Wohnsituation in Schleswig-Holstein bedarf. Hinzukommend setzen wir uns weiterhin stark für die Deckelung von Indexmieten im Bundesrat ein, um den dramatischen Anstieg von Mietkosten in Schleswig-Holstein und bundesweit zu begrenzen. Es ist an der Zeit, entschlossen gegen die prekäre Wohnungs- und Mietsituation in Schleswig-Holstein vorzugehen. Dazu ist ebenfalls relevant, dass bereits bestehende Sozialwohnungen eine Verlängerung der Sozialbindung erhalten.

Durch die Umsetzung dieser Maßnahmen können wir offensichtlich dazu beitragen, eine qualitative und gerechte Verteilung von Wohnraum zu ermöglichen. Zusätzlich ist für uns in einer Zeit, in der rechte Kräfte erstarken, vor allem aber auch klar: Gegen Rechts hilft soziale Absicherung, gegen Rechts hilft, Menschen ein gutes und bezahlbares Leben zu ermöglichen, gegen Rechts hilft, dass mit Grundrechten keine Profite gemacht werden, kurz: Gegen Rechts hilft soziale Politik. Und das heißt: Die Häuser denen, die drin wohnen!